

**Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und
der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Wahlprüfsteine
des Deutschen Raiffeisenverbandes**

1. Welche Bedeutung hat für Sie die Rechtsform der Genossenschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume und mit welchen Maßnahmen möchten Sie die positive Entwicklung von Genossenschaften fördern und die Rechtsform stärken?

Genossenschaften sind wichtig für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum, denn ob im Waren-, Produktions-, Verarbeitungs- oder Vermarktungsbereich oder bei der Versorgung mit ländlichen Gütern und Energie haben Genossenschaften als von ihren Mitgliedern getragene Unternehmen das Wohl und die gute Entwicklung von Landwirtschaft und ländlichem Raum zum Ziel. Sie sind nach wie vor – auch wenn die Größe zunimmt – dem Solidargedanken in und für die Landwirtschaft und der Menschen auf dem Land verpflichtet. Die Genossenschaften wollen wir in ihrer Bedeutung für die Landwirtschaft und die ländlichen Regionen und als besonders sichere und insolvenzfeste Rechtsform weiter stärken. Wir unterstützen Reformvorhaben, die das Genossenschaftsrecht unter dem Gesichtspunkt des Bürokratieabbaus gezielt entschlacken und modernisieren.

2. Wie werden Sie gewährleisten, dass neue Regelungen zur Grünen Taxonomie bzw. Sustainable Finance die Kreditversorgung der Land- und Ernährungswirtschaft nicht gefährden und das Genossenschaftsmodell als besonders nachhaltige Wirtschaftsform anerkannt wird?

Das Bewusstsein für Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft und in den Genossenschaften ist groß. Investitionen der Betriebe zahlen in der Regel auf die Verbesserung ihrer Nachhaltigkeit ein. Das müssen die Banken bei der Kreditvergabe auch unter den Bedingungen der Taxonomie bzw. Sustainable Finance anerkennen. Die Finanzierung darf sich in Zukunft nicht nur auf unmittelbar umweltrelevante Innovationen und Investitionen beziehen, sondern es müssen auch Finanzierungen von Investitionen in die Betriebsentwicklung, die der ökonomischen Nachhaltigkeit dienen oder die Arbeitswirtschaft verbessern, erfolgen können. Deshalb sprechen wir uns für die Entwicklung von Indikatoren der landwirtschaftlichen Erzeugung aus, die alle drei Dimensionen – ökonomisch, ökologisch und sozial – gleichwertig abbilden.

3. *Wie werden Sie die Notwendigkeit einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung mit den ambitionierten Klimazielen der EU in Einklang bringen, um Wettbewerbsgleichheit der Unternehmen innerhalb der EU zu gewährleisten und europäische Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu stärken?*

Wir denken Wirtschaft, Energie und Klimaschutz zusammen und wollen in diesem Sinne den Green Deal weiterentwickeln. Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050 und setzen auf Innovationen und marktbasierende Instrumente beim Klimaschutz: Mit Emissionshandel, mit dem Ausbau der Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer CO₂-Kreislaufwirtschaft. Daher wollen wir Photovoltaik, Windkraft, Geothermie, Wasserkraft, flüssige und feste Biomasse gleichwertig fördern und die Rahmenbedingungen verbessern. Wir stärken den EU-Binnenmarkt für Energie mit grenzüberschreitender Infrastruktur und technologieoffener Forschung. Energiesouveränität und die Bezahlbarkeit von Energie wollen wir über diese Energieunion erreichen, die auch die Wasserstoffwirtschaft etwa durch Energiepartnerschaften voranbringt. Europa soll Forschungsstandort für innovative Kerntechniken wie z.B. Kernfusion werden. Zum Energiemix gehören für uns alle Erneuerbaren Energien so-wie die Kernkraft.

4. *Welche bürokratiesenkenden Maßnahmen planen Sie in der kommenden Wahlperiode für die Agrar- und Ernährungswirtschaft insbesondere für KMU und wie stellen Sie sicher, dass wichtige Nachhaltigkeitsprojekte (bspw. CSDDD, EUDR, Taxonomie) nicht zu einem weiteren Bürokratieaufwuchs führen?*

CDU und CSU wollen die komplexe EU-Gesetzgebung konsolidieren, die Berichtspflichten für Unternehmen zusammenfassen und überflüssige EU-Regeln abschaffen. Konkret wollen wir z.B. die Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung, die bei Rinderhaltern und Waldeigentümern Probleme bereiten kann, verschieben und bestehende Dokumentationssysteme für die Meldungen nutzen. Zudem wollen wir einen unabhängigen europäischen Normenkontrollrat schaffen und das „1 in, 2 out“-Prinzip durchsetzen – für jede neue belastende Regelung müssen zwei alte abgeschafft werden. Wir brauchen einen EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check und einen Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung. Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein. Hierzu wollen wir eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle durchführen. Maßnahmen hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell müssen praxisnah ausgestaltet werden und dürfen die wirtschaftliche Dynamik nicht ausbremsen. Für unseren Mittelstand wollen wir den Europäischen Mittelstandsbeauftragten stärken. Er soll zukünftig auch bei allen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Anwendung der KMU-Tests zwingend prüfen.

5. Welche Schwerpunkte wollen Sie bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2027 setzen und werden Sie hierbei die besondere Situation der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse berücksichtigen sowie die bestehenden Junglandwirteförderung in juristischen Personen ausbauen?

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2028-2034 muss eine starke ökonomische Säule haben, die den Landwirten Schutz auf volatilen Märkten bietet und es ihnen erlaubt, nachhaltiger zu wirtschaften und ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Direktzahlungen sollten dazu dienen, das Grundeinkommen in der Landwirtschaft zu sichern, eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft sein und stark vereinfacht werden. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass Junglandwirtinnen und Junglandwirte in der nächsten GAP noch besser gefördert werden, damit sie Betriebe bzw. in ihnen Verantwortung übernehmen und sie zukunftsfähig entwickeln können. In Bezug auf die Agrargenossenschaften und juristischen Personen müssen die Regelungen zur Feststellung der Betriebskontrolle als Voraussetzung für den Erhalt der Förderung praxistauglich gestaltet werden. Auch die Förderung der Erzeugerorganisationen wollen wir weiterführen. CDU und CSU ist die Stärkung des Obst- und Gemüseanbaus gerade vor dem Hintergrund unserer geringen Selbstversorgungsgrade sehr wichtig.

6. Nach der Ablehnung der SUR: Wie wollen Sie eine einheitliche europäische Regelung des Einsatzes und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln umsetzen und wie wird dies mit der angestrebten Erhöhung des Selbstversorgungsgrades von pflanzlichen Erzeugnissen in der EU in Einklang gebracht?

Moderner Pflanzenschutz ist für die Sicherung der Ernährung unerlässlich. Deshalb muss sein Einsatz in Landwirtschaft, Garten-, Obst- und Weinbau möglich bleiben. Es steht aber auch außer Frage, dass die Risiken bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln reduziert und chemischer Pflanzenschutz möglichst zurückgefahren werden muss. Wir wollen deshalb eine neue europäische Regelung, die praxis-tauglicher ist als der zurückgezogene SUR-Vorschlag. Diese muss auf Anreize und Innovationen statt auf Verbote und starre Zielvorgaben setzen. Wir streben eine deutliche Verkürzung der Dauer und die Vereinfachung von Zulassungsverfahren an, damit umweltschonende Pflanzenschutzmittel schneller auf den Markt kommen können. Als CDU und CSU wollen wir insbesondere die Misstrauenskultur gegen die Landwirtschaft beenden, denn Landwirte haben eine hohe Fach- und Sachkompetenz und gehen verantwortlich mit Pflanzenschutzmitteln um.

7. Mit welchen Maßnahmen werden Sie für Wettbewerbsgleichheit im europäischen Binnenmarkt sorgen (Level Playing Field) insbesondere im Bereich der Standards von Tierhaltung und Tiertransporten, bei Regelungen zum Tierwohl und einer einheitlichen Herkunftskennzeichnung tierischer Erzeugnisse?

Die deutsche Land- und Forstwirtschaft braucht gleiche Chancen im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn. Dafür sind EU-Regelungen 1:1 umzusetzen und dabei alle Spielräume zugunsten der deutschen Landwirtschaft zu nutzen. Einseitige Belastungen und einschränkende Regelungen für deutsche Bauern, die es in anderen EU-Staaten nicht gibt, lehnen wir strikt ab. Das gilt z.B. aktuell für die Pläne der Bundesregierung zu gesonderten Anforderungen für die Mastgeflügelhaltung in Deutschland, obwohl eine entsprechende EU-Regelung in Vorbereitung ist.

CDU und CSU treten auch für eine einheitliche Herkunftskennzeichnung von Fleisch und tierischen Lebensmitteln in der EU ein. Wenn gesellschaftlich gewollt Tierwohlstandards in Deutschland über den EU-Level erhöht werden sollen, so kann dies nur geschehen, wenn die erhöhten Kosten für die Erzeugung verlässlich und langfristig abgegolten werden. Konzepte dazu hat die Borchert-Kommission erarbeitet.

8. Welchen Beitrag soll die Europäische Union leisten, um die Digitalisierung und die Vernetzung in der Landwirtschaft voranzutreiben, diese rascher zu etablieren und damit innovative Neuentwicklungen zu fördern?

Unser Ziel sind mehr Investitionen in die Landwirtschaft als Hightech-Sektor. Das haben wir im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl deutlich betont. Die EU soll Rahmenbedingungen schaffen und einen starken Impuls setzen für Digitalisierung, Präzisionslandwirtschaft, neue Züchtungstechnologien, integriertes Schädlingsmanagement und den Einsatz von Robotik in der Landwirtschaft.

Voraussetzung sind eine hochklassige digitale Infrastruktur, insbesondere eine europäische Cloud, sowie europäische Speicher- und Rechenkapazitäten und klare rechtliche Standards. Wir brauchen gerade im Interesse der Digitalisierung der Landwirtschaft einen flächendeckenden Zugang zu 5G und 6G in jeder Region.